

Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern



FRAKTION DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPAS

Für uns Europäische Sozialdemokraten ist die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ein demokratisches Grundprinzip.

- **Die Vertretung der Frauen im Gesetzgebungsverfahren**

Trotz erheblicher Veränderungen in den letzten Jahrzehnten, in deren Verlauf Frauen offiziellen Zutritt zur politischen Welt und den meisten Stellen erhielten, in denen Entscheidungen über unser Leben getroffen werden, sind sie in Politik, Gewerkschaften, Freiwilligenorganisationen und allgemein allen Machtzentren noch stets deutlich unterrepräsentiert. Die Unterrepräsentanz der Frauen in den Entscheidungsprozessen ist eine Form von Demokratiedefizit, die zu einer Verschwendung von Humanpotenzial und –Ressourcen führt. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE-Fraktion) ist der Überzeugung, dass auf allen Ebenen Verantwortlichkeiten zwischen Frauen und Männern zu teilen sind und zu diesem Zweck Quoten notwendig sind.

- **Frauen und Beschäftigung**

Das europäische Projekt hat die Gleichberechtigung von Frauen und Männern deutlich verbessert. Die SPE-Fraktion hat voll und ganz legislative Maßnahmen unterstützt, die darauf abzielen, die Diskriminierung im Bereich der Beschäftigung zu bekämpfen, die die Entgeltgleichheit bei der Arbeit, Teilzeitarbeit, Mutterschaftsrechte, Elternurlaub usw. umfassen. Zwischen Gleichberechtigung und Chancengleichheit im realen Leben gibt es jedoch noch erhebliche Unterschiede. Obwohl Frauen unter den Arbeitskräften aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gut vertreten sind, sind sie oft mit geringeren Löhnen und Gehältern, ungleichen beruflichen Aufstiegschancen, höherer Arbeitslosigkeit und größerer Arbeitsplatzunsicherheit konfrontiert. Die gleichwertige Teilhabe von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Bestandteil bei der Herstellung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in der Gesellschaft. Wir müssen die systematische Anwendung der Chancengleichheit fördern, damit die Menschen Berufs- und Familienleben in Einklang bringen können und Frauen und Männern dabei helfen, nach der Mutterschaft, Vaterschaft oder dem Adoptivurlaub eine Arbeit aufzunehmen, ohne deshalb diskriminiert zu werden.

- **Einbeziehung der Geschlechterdimension (Gender Mainstreaming)**

Nach unserer Auffassung sollte das Europäische Parlament ein wichtiger Vorreiter im Gender Mainstreaming sein, sowohl in seiner politischen Arbeit als auch in der Einbeziehung der Geschlechterdimension in seinen eigenen Strukturen. In einem von den Sozialdemokraten initiierten Bericht, den das Parlament angenommen hat, wird vorgeschlagen, dass jeder Ausschuss und interparlamentarische Delegationen ein Mitglied ernennen sollte, der/die auf die Anwendung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes achtet. Wir wollen damit auch erreichen, dass dieser Begriff für jeden Bürger und jede Bürgerin Europas Realität wird und wir wollen seine systematische Anwendung – mit den positiven Maßnahmen – in allen politischen Maßnahmen auf europäischer Ebene sehen.

- **Frauen in einem erweiterten Europa**

Der Erweiterungsprozess bedeutet die Vereinigung eines Europas, in dem die Frauen eine neue Rolle ohne Ausgrenzung spielen können, weil die Rechte der Frauen für den sozialen Fortschritt notwendig sind. Wir wollen sicherstellen, dass in einem erweiterten Europa alle Staaten die Rechte der Frauen achten und dass sie ihre Gesetze daraufhin überprüfen, dass der gemeinschaftliche Besitzstand im Bereich der Chancengleichheit eingegliedert wird und diese Gesetze vor allem zu einer konkreten Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern führen.



- **Frauen und die zukünftige Verfassung Europas**

Wir sind der Ansicht, dass die künftige Europäische Verfassung die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern institutionalisieren sollte. Hierzu sollte die künftige Verfassung den Grundsatz der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft und nicht nur in der Beschäftigung einschließen. Damit es demokratisch wird, kann Europa nur mit der umfassenden Beteiligung der Frauen errichtet werden. Außerdem lehnen wir jeden Hinweis auf die Religion in der Verfassung ab und sind der Überzeugung, dass eine klare Trennung von Kirche und Staat, zusammen mit der echten Freiheit, die eigenen Überzeugungen zu wählen, Teil der Grundlagen der Demokratie ist.

- **Frauen und der Friedensprozess**

Entscheidungen über Krieg und Frieden sind nahezu ausschließliche Männerdomäne. Wir sind der Auffassung, dass Frauen systematisch an offiziellen Konfliktlösungsprozessen teilnehmen und unter den Vertretern in Friedensverhandlungen sein sollten, möglicherweise durch die Einrichtung von Frauenräten, die den UN-Sicherheitsrat beraten würden. Frauen müssen außerdem eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau ihrer Gesellschaften nach einem Konflikt spielen.

- **Beendigung der Gewalt gegen Frauen**

Frauen jeden Hintergrunds und Alters sind täglich mit geistiger oder körperlicher Gewalt in der Familie, am Arbeitsplatz oder in sozialen Situationen konfrontiert. Wir arbeiten daran, die Öffentlichkeit bewusster über diese Gewalttatbestände zu informieren, leider bleibt festzustellen, dass die Opfer unzureichenden Schutz, Unterstützung und Rechtsbeistand erhalten. Auf europäischer Ebene haben die Sozialdemokraten das DAPHNE-Programm gesichert und unterstützt, aus dem Initiativen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kindern finanziert werden. Dieses Programm steht freiwilligen Organisationen und örtlichen Behörden offen und gilt auch für die Länder, die 2004 der EU beitreten werden. Wir werden außerdem ein Europäisches Jahr gegen Gewalt vorschlagen.

- **Geburten- und sexuelle Rechte**

Wir sind uns der bestehenden Ungleichheiten beim Ansatz in der Familienplanung, Verhütung, sexuellen Erziehung, Abtreibung und Schwangerschaft in den bestehenden und künftigen Mitgliedstaaten der EU bewusst. Auf unsere Initiative nahm das Europäische Parlament einen Bericht an, der allen (bestehenden und künftigen) Mitgliedstaaten die Annahme umfassender einzelstaatlicher Maßnahmen zu geschlechtlicher Gesundheit und Geburtenkontrolle, einschließlich hoher Qualitätsstandards zur Bekämpfung von Brustkrebs, empfiehlt.

- **Frauen und Fundamentalismus**

Wir sind uns dessen bewusst, dass in jeder Religion Fundamentalismus negative Auswirkungen auf die Emanzipation der Frauen hat und zur Verletzung der Grundrechte der Frauen führen kann. Religion, traditionelle Kulturen oder Praktiken und Gesetzgebungen, die mit den Rechten der Frauen nicht vereinbar sind, dürfen nicht den in internationalen Verträgen und Übereinkommen festgelegten Rechten entgegenstehen. Wir schlagen daher vor, überall in der EU Vorschriften oder Gebräuche zu verbieten, die die Grundrechte der Frauen verletzen.



Kontakte



Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas,
Europäisches Parlament, rue Wiertz, B-1047 Brüssel.
Tel.: +32 2 284 21 11 (Brüssel) oder +33 3 88 17 40 01 (Straßburg)

<http://www.socialistgroup.org>